



Für eine starke Wirtschaftsregion Ostthüringen

In den Gemeinden, Städten und Landkreisen im Osten Thüringens findet seit Jahren ein tiefgreifender Wandel der Wirtschaftsstruktur statt. Dieser politisch herbeigeführte Strukturwandel ist insbesondere auch auf energie- und industriepolitische Entscheidungen zurückzuführen. In der sich vormals durch eine starke Energieindustrie auszeichnenden Region kam es bereits in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung zur bald flächendeckenden Schließung von energieerzeugenden Betrieben. Nur jeder dritte Arbeitsplatz blieb in der Region erhalten.

Wo vormals Kohleabbau oder Betriebe der Braunkohleveredelung die Wirtschaft prägten, findet heute keine Wertschöpfung mehr statt – eine Entwicklung, die auf die angrenzenden Regionen von Altenburg über Gera bis nach Greiz ausstrahlt. Auch infolge dieser Entwicklung ist Ostthüringen durch eine sozioökonomische Strukturschwäche, hohe Arbeitslosenzahlen und Bevölkerungsabwanderung gekennzeichnet. Die Thüringer Landesregierungen haben es lange versäumt, eine zukunftsweisende wirtschaftspolitische Perspektive für das Altenburger Land und Ostthüringen zu entwickeln und umzusetzen.

Die Thüringer AfD-Fraktion sieht Nachholbedarf in der Wirtschaftspolitik. Insbesondere die wirtschaftliche und strukturelle Förderung Ostthüringens ist eine der vordringlichen Aufgaben der Thüringer Landespolitik. Im Fokus müssen dabei folgende Maßnahmen stehen:

- Der Freistaat Thüringen erhält im Rahmen des „Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen“ vom Bund im Zusammenhang mit dem sogenannten Kohleausstieg bis zu 90 Millionen Euro für das Altenburger Land. Diese Mittel sind in erster Linie zur Förderung von Unternehmensansiedlungen einzusetzen.
- Die Landesregierung muss eine Strategie erarbeiten, die sicherstellt, dass der Fördermittelabruf der 90 Millionen Euro im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes durch die Kommunen koordiniert und unter Beachtung langfristiger und überregionaler Ziele der Raum- und Regionalplanung erfolgt.
- Dem Tourismus im Ostthüringer Raum ist ein größeres Gewicht beizumessen. In Zusammenarbeit mit den Städten Altenburg, Greiz und Gera und den regionalen Wirtschaftsakteuren ist eine Tourismusstrategie für den Ostthüringer Raum zu entwickeln. Mit ihr kann der positive Trend steigender Übernachtungszahlen im Altenburger Land gefestigt und die Tourismuswirtschaft zu einem größeren regionalen Arbeitgeber weiterentwickelt werden.
- Für die wirtschaftliche Entwicklung kann an die energiewirtschaftliche Tradition der Region angeknüpft werden. Die Einbeziehung Ostthüringens in

die Wasserstoffstrategie der Landesregierung soll als Ausgangspunkt für neue wirtschaftliche Verflechtungen dienen.

- Der Freistaat Thüringen muss im Bundesrat alle Entscheidungen unterstützen, die sicherstellen, dass das mitteldeutsche Braunkohlerevier mit seinen länderübergreifenden Wirtschaftsstrukturen und den Pendlerverflechtungen nach Thüringen nicht energiepolitisch abgehängt wird. Einseitige Entscheidungen, die zugunsten klimapolitischer Erwägungen den Arbeitsplätzen vor Ort zu wenig Bedeutung bemessen, sind abzulehnen.
- Um die Mobilität in der Region zu verbessern, gilt es, die Elektrifizierung der Bahnstrecken nach Gera beschleunigt voranzutreiben und die Stadt in das Fernverkehrsnetz der Bahn zügig einzubinden.
- Zur Stärkung der Region kann auch die Ansiedlung von Bundesbehörden beitragen. Nach wie vor ist Thüringen als Standort solcher Behörden unterrepräsentiert. Die Landesregierung sollte sich für die Niederlassung von Bundesbehörden in Ostthüringen einsetzen.
- Die regionalen Planungsverbände müssen durch geeignete landespolitische Instrumente unterstützt werden, um den Windkraftausbau, der das Landschaftsbild stark prägt, zu unterbinden. Langfristig dürfen keine weiteren Windvorranggebiete ausgewiesen werden. Gerade weil wenige Kapitalanleger auf Kosten der Allgemeinheit in den Windvorranggebieten von den Windkraftanlagen profitieren, während keine Wertschöpfung vor Ort erzielt wird und touristische Ziele durch die technische Belastung an Attraktivität verlieren, ist jeglicher Windkraftausbau kategorisch abzulehnen.
- Zur Förderung der Neuansiedlung von Unternehmen besitzt der zügige Breitbandausbau für Ostthüringen eine der höchsten Prioritäten. Ausreichende Datenkapazitäten sind unerlässlich sowohl für die Zukunftsbranchen als auch für die Datenübermittlung vieler traditioneller Betriebe. Es müssen neue Wege gefunden werden, um auch in unprofitablen Regionen Anreize zum Ausbau der Dateninfrastruktur zu setzen.
- Zur Schaffung eines Umfelds, in dem innovative Unternehmen gegründet werden und wachsen können, ist eine länderübergreifende Zusammenarbeit erforderlich. Die Potentiale in Wissenschaft und Forschung der Regionen sollen zusammengeführt und gemeinsam genutzt werden. Die Landesregierung muss darauf hinwirken, die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und Universitäten der benachbarten Regionen in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt zu stärken.
- Für Existenzgründungen braucht es Investitionsvoraussetzungen, die zur Gründung innovativer, technologieorientierter Unternehmen beitragen. Hierzu sind Kooperationen mit Universitäten und Gründungszentren zu unterstützen, um regionale Ausgründungen zu ermöglichen.